



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 7. September 2020
(OR. en)

10544/20

COHAFA 47

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der
Generalsekretärin der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 7. September 2020

Empfänger: Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der
Europäischen Union

Nr. Komm.dok.: COM(2020) 358 final

Betr.: BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT
UND DEN RAT
Jahresbericht über die 2019 finanzierten humanitären Hilfsmaßnahmen
der Europäischen Union

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2020) 358 final.

Anl.: COM(2020) 358 final



Brüssel, den 7.8.2020
COM(2020) 358 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

**Jahresbericht über die 2019 finanzierten humanitären Hilfsmaßnahmen der
Europäischen Union**

EINFÜHRUNG.....	2
HUMANITÄRE HILFSMAßNAHMEN 2019	2
Überblick über die wichtigsten Maßnahmen der humanitären Hilfe	2
Horizontale Prioritäten.....	10
Zusammenfassung der 2019 abgeschlossenen Evaluierungen.....	12
Mittelausstattung 2019	12
ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN UND QUELLEN.....	13
Liste der Partner, die die Partnerschaftsrahmenvereinbarung von 2014 unterzeichnet haben	14

EINFÜHRUNG

In diesem Bericht werden die wichtigsten Tätigkeiten und Ergebnisse der Europäischen Union im Bereich der 2019 von der Europäischen Kommission finanzierten humanitären Hilfe dargelegt. Der Bericht wurde gemäß Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 erstellt.

HUMANITÄRE HILFSMAßNAHMEN 2019

Im Jahr 2019 stieg der Bedarf an humanitärer Hilfe aufgrund komplexer Krisen - die oft zu Massenvertreibungen führten - sowie aufgrund von Naturkatastrophen und Epidemien weiter an. Vor diesem Hintergrund blieb die Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (GD ECHO) mit 2,4 Milliarden Euro für Millionen von der Krise betroffene Menschen in mehr als 80 Ländern ein führender humanitärer Geber. Um der wachsenden Finanzierungslücke im Bereich der humanitären Hilfe zu begegnen, förderte die GD ECHO weiterhin die Umsetzung der [Verpflichtungen zwischen Gebern und operativen Einrichtungen \(„Grand Bargain“\)](#), insbesondere im Zusammenhang mit der [sektorübergreifenden gemeinsamen Bedarfsbewertung \(Joint Multi-Sector Needs Assessment\)](#).

Ein beträchtlicher Teil der humanitären Hilfe der EU war für die von der Krise betroffenen Menschen in Syrien und seinen Nachbarländern bestimmt, darunter auch die Komponente humanitäre Hilfe der EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei. Die EU konzentrierte sich auch auf die Unterstützung der Menschen in „vergessenen Krisen“, wie z. B. in der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan, in Pakistan, Kolumbien, Venezuela, Haiti und den Philippinen.

Die GD ECHO spielte eine führende Rolle bei der Förderung einer auf klaren Grundsätzen beruhenden humanitären Hilfe und der Achtung des humanitären Völkerrechts. Dies geschah durch das aktive Eintreten in spezifischen humanitären Krisen, aber auch global als Vorsitzende der Geberunterstützungsgruppe¹ des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und in der Gruppe für beispielhaftes Geberverhalten im Bereich der humanitären Hilfe² (gemeinsam mit der Schweiz).

Die GD ECHO finanziert und verwendet für ihren faktengestützten Ansatz den von der GFS entwickelten INFORM-Risikoindex, der für viele Organisationen wie die Vereinten Nationen und internationale Nichtregierungsorganisationen de facto zur Risikobewertungsmethode geworden ist.

Überblick über die wichtigsten Maßnahmen der humanitären Hilfe

Sahelzone – eine komplexe Krisenlage

Die EU reagierte auf den Bedarf an humanitärer Soforthilfe in Burkina Faso, Mauretanien, Mali, Tschad, Niger, Nigeria und Kamerun mit der Bereitstellung von 188 Mio. EUR. Dazu gehörten Krisenreaktionsmaßnahmen (ein dreimonatiges multisektorales Soforthilfepaket) und

¹ Die Geberunterstützungsgruppe des IKRK setzt sich aus Regierungen, supranationalen Organisationen oder internationalen Einrichtungen zusammen, die mindestens 10 Mio. CHF pro Jahr beitragen.

² Die Initiative „Good Humanitarian Donorship“ (Gute humanitäre Geberschaft) ist ein informelles Geberforum, das 42 Geber umfasst, die sich zur Bereitstellung wirksamer und verantwortlicher humanitärer Hilfe verpflichtet haben.

die Unterstützung bestehender nationaler Strukturen, um den Zugang zur Grundversorgung aufrechtzuerhalten. Die EU-Hilfe erleichterte den Zugang zu schwer zugänglichen Gebieten durch humanitäre Flugdienste, zivil-militärische Koordinierung und Informationsmanagement.

Die EU stellte während der Magersaison Nahrungsmittel und Ernährungsbehandlungen für Kinder bereit, die an schwerer akuter Unterernährung litten und lebensrettende Behandlung benötigten. Die EU arbeitete ferner aktiv daran, die Verknüpfung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen, um die Resilienz der von der Krise betroffenen Menschen zu stärken, und bekämpfte die Ursachen von Ernährungsunsicherheit und akuter Unterernährung.

Regionale Krise in und um die Zentralafrikanische Republik

Trotz der Unterzeichnung eines Friedensabkommens im Februar hat sich die humanitäre Lage in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) nicht verbessert. 22,4 Mio. EUR wurden für die ZAR und die zentralafrikanischen Flüchtlinge in Kamerun und im Tschad bereitgestellt, um sektorübergreifende humanitäre Hilfe zu leisten und die Koordinierung, Sicherheit und Logistik der humanitären Hilfe zu verstärken.

Die Krise im Tschadseebecken

Von den 17,4 Millionen Menschen, die in Nigeria, Niger, Kamerun und im Tschad leben, benötigten 10,7 Millionen Menschen humanitäre Hilfe, darunter 6 Millionen Kinder. Die EU stellte rund 64 Mio. EUR an sektorübergreifender humanitärer Hilfe zur Verfügung.

Südsudan

Im Jahr 2019 waren rund 7,5 Millionen Südsudanesen dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen, und die Nachbarländer nahmen mehr als 2 Millionen Flüchtlinge aus dem Land auf. Die EU stellte 51,6 Mio. EUR für den Südsudan zur Verfügung, um der landesweit hohen Ernährungsunsicherheit und Unterernährung zu begegnen. Der Schutz von Kindern und Frauen stellt angesichts der extremen Gewalttaten und des Einsatzes von sexueller Gewalt als Kriegswaffe eine Priorität für die EU dar.

Sudan

Das Land litt unter den Auswirkungen des jahrzehntelangen Konflikts, der durch eine beispiellose Wirtschaftskrise und steigende Lebensmittelpreise verschärft wurde und dazu führte, dass 25 % der Bevölkerung in einer sehr großen Ernährungsunsicherheit lebten. Im Laufe des Jahres floss der Großteil der humanitären Hilfe der EU - 55,7 Mio. EUR - in die Ernährungshilfe und Ernährungspflege und -behandlung, hauptsächlich für Kinder unter 5 Jahren und schwangere oder stillende Frauen. Um den Zugang der Menschen im Sudan zu einer langfristigen sozialen Absicherung zu verbessern, ergänzte die EU die Mittel für die humanitäre Hilfe durch Entwicklungszusammenarbeit, um den Gemeinschaften bei der Stärkung der Resilienz zu helfen.

Regionale Krise in der Region der Großen Seen

Sowohl die Demokratische Republik Kongo als auch die Republik Kongo waren von anhaltenden Konflikten und von der Ebola-Viruskrankheit betroffen. Die Kommission stellte rund 72 Mio. EUR für die Region bereit, darunter auch Mittel zur Bekämpfung der Ebola-Viruskrankheit. Weitere 7 Mio. EUR wurden für „ECHO Flight“ ausgegeben.

Äthiopien

Infolge ethnisch motivierter Gewalt erreichte die Zahl der Binnenvertriebenen in Äthiopien Anfang 2019 einen Höchststand von 3,1 Millionen, bevor sie auf 2 Millionen zurückging. Obwohl die Sicherheit nicht immer gewährleistet war, versuchten die Behörden, die Vertriebenen zur Rückkehr an ihren Heimatort zu veranlassen, und verstießen damit gegen den Grundsatz, dass die Rückkehr sicher und auf freiwilliger Basis erfolgen muss. Im Jahr 2019 stellte die EU 51,5 Mio. EUR zur Verfügung, um den betroffenen Menschen mit Nahrungsmitteln, Unterkünften, den notwendigsten Haushaltsgegenständen, Behandlung von Unterernährung, Wasser, Sanitärversorgung und Schutzdiensten zu helfen. Der Großteil der Mittel kam den Menschen zugute, die aufgrund von Gewalt und Zerstörung ihrer Häuser und Lebensgrundlagen zur Flucht gezwungen waren.

Kenia

Kenia hat etwa 490 000 Flüchtlinge aufgenommen, wobei die Aufnahmepolitik der Regierung die Flüchtlinge vollständig von Hilfsleistungen abhängig macht. Eine nochmalige Dürre führte dazu, dass rund 2,6 Millionen Menschen von mangelnder Ernährungssicherheit, Vertreibung und einem erhöhten Risiko von Konflikten um knappes Weideland und Wasser betroffen sind.

Die EU-Mittel für Kenia beliefen sich auf 15,95 Mio. EUR, darunter 11,5 Mio. EUR für Flüchtlingslager, 1,3 Mio. EUR für die Katastrophenvorsorge in drei Bezirken, die für plötzlich eintretende Katastrophen anfällig sind, und 3,15 Mio. EUR für die Nothilfe nach der Dürre und den Überschwemmungen außerhalb der Lager.

Somalia

Der Bedarf an humanitärer Hilfe war aufgrund der anhaltend unberechenbaren Witterungsverhältnisse und des bewaffneten Konflikts weiterhin groß. Eine neuerliche Dürre trug zur Verschlechterung der humanitären Lage bei, während das Jahresende im Süden des Landes von einer überdurchschnittlich starken Regenzeit geprägt war, weshalb es zu schweren Überschwemmungen entlang der Flüsse kam. Letztere betrafen mehr als 500 000 Menschen, was dazu führte, dass 370 000 zu Vertriebenen wurden und ganze Ernten vernichtet wurden. Auf diese Weise wurde die Kapazität der Bevölkerung zur Bewältigung von Naturkatastrophen beeinträchtigt und der Wiederaufbau verzögert. Als Reaktion auf die Krise stellte die Kommission etwa 63 Mio. EUR an humanitärer Hilfe bereit.

Uganda

Uganda hat 1,41 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, von denen 91 Prozent aus dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo stammen. Darüber hinaus ist das Land seit August 2018 einem hohen Risiko ausgesetzt, dass die Ebola-Viruskrankheit aus der benachbarten Demokratischen Republik Kongo, die mit dem bisher größten Ausbruch zu kämpfen hat, auch auf Uganda übergreift. Die EU stellte 33 Mio. EUR für den Schutz, die Ernährungshilfe, die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu sauberem Wasser und Sanitärversorgung sowie für die Bildungshilfe für Flüchtlinge und die aufnehmenden Gemeinschaften bereit. Darüber hinaus wurde Unterstützung für die Vorsorge, Überwachung und Reaktion auf die Ebola-Viruskrankheit sowie zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und Selbstversorgung der am stärksten gefährdeten Menschen geleistet, um ihre Abhängigkeit von langfristiger Hilfe zu verringern.

Region Südliches Afrika und Indischer Ozean

Extreme Wetterereignisse kommen in der Region Südliches Afrika und Indischer Ozean regelmäßig vor und werden aufgrund des Klimawandels immer häufiger und intensiver. Die EU stellte der Region mehr als 66 Mio. Euro für humanitäre Nothilfe und Katastrophenvorsorge zur Verfügung und unterstrich, wie wichtig die Stärkung der Kapazitäten der Bevölkerung und der Katastrophenschutzbehörden zur Bewältigung wiederkehrender Naturkatastrophen ist.

Zwei starke Wirbelstürme suchten das südliche Afrika heim, wovon drei Millionen Menschen in Sambia, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Mosambik, Simbabwe, Malawi und den Komoren betroffen waren. Die EU reagierte umgehend mit humanitärer Hilfe für die betroffenen Länder, wozu auch die Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens in Mosambik zählte.

Während Simbabwe sich in einer Wirtschaftskrise befand, wurde das Land von weiteren Katastrophen wie dem tropischen Wirbelsturm Idai heimgesucht, was dazu führte, dass 7,7 Millionen Menschen - mehr als 50 % der Bevölkerung - von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen waren. Die EU stellte 31,6 Mio. EUR zur Bekämpfung der Auswirkungen des Wirbelsturms zur Verfügung und konzentrierte sich dabei hauptsächlich auf humanitäre Ernährungshilfe und Katastrophenvorsorge.

Venezuela

Der sozioökonomische Zusammenbruch Venezuelas führte im Jahr 2019 zur Vertreibung von 3,9 Millionen Venezolanern. Nach Angaben des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) der Vereinten Nationen waren mindestens 7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, vor allem aufgrund des mangelnden Zugangs zu Gesundheitsdiensten, Bildung, Nahrungsmitteln und Ernährung.

Insgesamt stellte die EU 55 Mio. EUR für die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Vertriebene und die Unterstützung der aufnehmenden Gemeinschaften zur Verfügung. Um ein gründliches Follow-up der Maßnahmen zu gewährleisten, richtete die GD ECHO im Mai ein Büro in Caracas ein. Verstärkte Anstrengungen im Bereich der humanitären Fürsprache trugen zur Öffnung des humanitären Raums im Land bei, und die GD ECHO stand an vorderster Front bei der Solidaritätskonferenz für Venezuela im Oktober in Brüssel.

Kolumbien

Die humanitäre Lage in Kolumbien verschlechterte sich drastisch aufgrund des eskalierenden internen Konflikts, der durch die Auswirkungen der Aufnahme von 1,6 Millionen venezolanischen Flüchtlingen weiter verschärft wurde. Kolumbien ist sehr anfällig für Naturkatastrophen, und von Konflikten heimgesuchte Gemeinden sind besonders gefährdet. Rund 140 000 Menschen wurden vertrieben, und mehr als 350 000 litten unter Beschränkungen der Mobilität, wodurch ihre Existenzgrundlagen und der Zugang zur Grundversorgung gefährdet waren. Schätzungsweise 350 000 kolumbianische Flüchtlinge wurden in den Nachbarländern aufgenommen.

Die GD ECHO stellte 11 Mio. EUR bereit, um den von Konflikten und Naturkatastrophen betroffenen Menschen in Kolumbien und der Region zu helfen. Die Unterstützung umfasste u. a. folgende Bereiche: Schutz, Gesundheitsfürsorge, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Bildung und Katastrophenvorsorge.

Haiti

Politische Unruhen, zunehmende Gewalt und der wirtschaftliche Abschwung führten in Haiti zu einer Erosion der ohnehin schon schwachen Kaufkraft der am stärksten gefährdeten Haushalte. 3,7 Millionen Menschen gerieten deshalb in eine akute Nahrungsmittelkrise. Die GD ECHO stellte 14 Mio. EUR zur Verfügung, um auf die akute Ernährungsunsicherheit zu reagieren und die Koordinierung der humanitären Hilfe zu unterstützen. Weitere 3 Mio. EUR wurden in die Katastrophenvorsorge investiert.

Die Afghanistan-Krise (Afghanistan, Pakistan, Iran)

Afghanistan ist Schauplatz einer der tödlichsten Konflikte weltweit. 17 Millionen Menschen (50 % der Bevölkerung des Landes) leben in stark vom Konflikt betroffenen Gebieten, wovon 3,4 Millionen Menschen Binnenvertriebene sind. Weltweit gibt es etwa 10 Millionen afghanische Flüchtlinge mit Papieren oder ohne Papiere. Iran und Pakistan sind die wichtigsten Aufnahmeländer afghanischer Flüchtlinge; hier werden fast 3 bzw. 4 Millionen Menschen aufgenommen und unterstützt.

Die GD ECHO stellte 61 Mio. EUR für Afghanistan bereit und konzentrierte sich dabei auf Nothilfe und Traumabehandlung. Im Iran und in Pakistan wurden dank der humanitären Hilfe der EU die afghanischen Flüchtlinge und die am stärksten gefährdete einheimische Bevölkerung mit 18 Mio. EUR unterstützt. Die EU unterstützte die Bildung afghanischer Kinder im Iran, was auch zur Registrierung ihrer Familien führte. Weitere Bereiche, in denen die EU sowohl im Iran als auch in Pakistan Hilfe leistete, waren: Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene, Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen, Unterkünfte, Schutz und Gesundheit.

Die Rohingya-Krise (Myanmar, Bangladesch)

Die Rohingya-Bevölkerung Myanmars ist systematischer Diskriminierung und gezielter Gewalt ausgesetzt. Ende 2019 waren 855 000 Rohingya-Flüchtlinge vom Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Cox's Bazar (Bangladesch) in einem extrem überlaufenen riesigen Flüchtlingslager registriert. Die Flüchtlinge sind aufgrund der fehlenden Bewegungsfreiheit, der nicht bestehenden Möglichkeiten zum Bestreiten des Lebensunterhalts und des mangelnden Zugangs zu sozialen Diensten ausschließlich auf humanitäre Hilfe angewiesen. Darüber hinaus ist das Gebiet extrem anfällig für Naturkatastrophen. Etwa 600 000 Rohingyas lebten noch immer unter extrem schlechten Bedingungen im Rakhine-Staat in Myanmar, ein Teil davon lebte in geschlossenen Lagern und war ausschließlich auf die humanitäre Hilfe angewiesen.

Die EU stellte 36 Mio. EUR an humanitärer Hilfe als Beitrag zur Bewältigung der Rohingya-Krise in Bangladesch und Myanmar bereit. Die Unterstützung umfasste medizinische Grundversorgung, Wasser- und Sanitärversorgung, Unterkunft, Ernährung, Bildung, Schutz, psychosoziale Betreuung und Unterstützung bei der Verringerung des Katastrophenrisikos.

Philippinen

Die Insel Mindanao ist seit langem Schauplatz interner Konflikte; etwa 400 000 Menschen sind dort auf humanitäre Hilfe angewiesen (darunter Binnenvertriebene und Rückkehrer). Darüber hinaus sind die Philippinen eines der katastrophenanfälligsten Länder der Welt. Die

EU stellte dem Land humanitäre Hilfe im Wert von insgesamt 6,7 Mio. EUR für die vom Konflikt betroffene Bevölkerung auf Mindanao (Notunterkünfte, sauberes Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene, Gesundheitsversorgung, Nahrungsmittel und Bedarfsartikel, Bildung) sowie für die Nothilfe bei Naturkatastrophen und Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge zur Verfügung.

Die Syrien-Krise

Der Syrien-Konflikt dauert nun schon seit neun Jahren an, und mehr als 11 Millionen Menschen sind in diesem Land auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die EU stellte insgesamt 260 Mio. EUR zur Verfügung, um lebensrettende Hilfe innerhalb Syriens und für syrische Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und Ägypten zu leisten und Nahrungsmittel, Arzneimittel, Wasser und Unterkünfte bereitzustellen. In den Nachbarländern Libanon und Jordanien kam es im Rahmen der humanitären Hilfe der EU zu Geldtransfers für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge, da dies die kosteneffizienteste und würdevollste Lösung war.

Die GD ECHO war unmittelbar an zahlreichen internationalen diplomatischen Initiativen beteiligt, wie der dritten Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region in Brüssel, der Tagung der humanitären Task Force der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien in Genf sowie den Treffen hoher Beamter im Februar in Genf und im November in Kopenhagen.

Irak

Im Irak sind noch immer 6,7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter 1,6 Millionen Binnenvertriebene, wovon 375 000 in Lagern leben. Die GD ECHO setzte Maßnahmen im Wert von 38 Mio. EUR für medizinische Nothilfe, Notunterkünfte, sicheres Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene sowie humanitären Schutz um, wobei der Schwerpunkt auf den Binnenvertriebenen lag. Sie unterstützte die Hilfe für Überlebende sexueller Gewalt sowie die Bereitstellung von Physiotherapie und Rehabilitationshilfe für die Opfer des Konflikts, insbesondere für Zielgruppen wie die Eziden im Nordwesten Iraks.

Die GD ECHO unterstützte die Wiederaufnahme der grundlegenden öffentlichen Dienste in den vom Krieg heimgesuchten Gebieten und half 4,5 Millionen Menschen bei der Rückkehr in ihre Heimat. Diese Unterstützung beinhaltete die Bildung in Notsituationen (Education in Emergencies - EiE), damit Kinder, oft nach Jahren der Unterbrechung, wieder eine Schule besuchen.

Die GD ECHO bot den Familien Rechtsbeistand bei der Beschaffung von Ausweispapieren, die verloren gingen oder unter der Kontrolle des sogenannten Islamischen Staates nicht ausgestellt worden waren, sie sicherte die Grundversorgung in überfüllten Gefängnissen, erbrachte Hilfe für Minderjährige in Haftanstalten und unterstützte gemeindebasierte Mechanismen zur Wiedereingliederung ehemaliger Kindersoldaten.

Jemen

Das Land befindet sich in der größten humanitären Krise der Welt. 24,1 Millionen Menschen

(80 % der Bevölkerung) sind hilfsbedürftig, davon sind 3 Millionen Binnenvertriebene. 20 Millionen Jemeniten sind von Ernährungsunsicherheit betroffen und mindestens 238 000 Menschen hungern. Darüber hinaus kam es in dem Land zu einem Zusammenbruch der Gesundheitsdienste, wodurch 19,7 Millionen Menschen in Not gerieten, es wurden 460 000 Cholera-Verdachtsfälle verzeichnet, die Einfuhr von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Arzneimitteln wurde eingeschränkt und ist unzureichend und Schulen wurden geschlossen.

Die GD ECHO setzte Maßnahmen im Wert von 115 Mio. EUR um, um Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Wasser, Unterkünfte und Hygiene-Kits für die vom Krieg betroffenen Gebiete und die Vertriebenen bereitzustellen. Die Mittel wurden für die Behandlung schwer unterernährter Kinder, die Bekämpfung der Choleraepidemie und von Masern- und Diphtherie-Ausbrüchen und die Rehabilitation von Behinderten, die Instandsetzung von Klassenzimmern und die Unterstützung des Humanitären Flugdienstes der Vereinten Nationen (UNHAS) eingesetzt, der den humanitären Helfern wichtige und zuverlässige Luft- und Seetransporte zur Verfügung stellt.

Türkei

Die Türkei nimmt nach wie vor die meisten Flüchtlinge der Welt auf: 3,6 Millionen Syrer stehen in der Türkei unter vorübergehendem Schutz und rund 370 000 Nicht-Syrer sind unter internationalem Schutz registriert. Insgesamt stellte die EU im Rahmen der ersten und zweiten Tranche der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei (FRiT) 2,4 Milliarden EUR an humanitärer Hilfe zur Verfügung, mit der rund 1,7 Millionen Flüchtlinge im Rahmen von 64 Projekten durch 19 Partnerorganisationen unterstützt wurden, die in den Bereichen Grundbedarf, nicht formale Bildung, Schutz und Gesundheit tätig sind.

Im Jahr 2019 schloss die GD ECHO Verträge über 1,021 Mrd. EUR ab, die größtenteils für das soziale Sicherheitsnetz für Notsituationen (ESSN) bestimmt waren. Dieses Vorzeigeprogramm sah für 1,7 Millionen Flüchtlinge monatliche Barzahlungen über eine Debitkarte zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse vor. Mit dem Projekt „Zweckgebundene Geldtransfers für Bildung“ (CCTE) für Bildung in Notsituationen wurden mehr als 560 000 Kinder erreicht. Es umfasst Geldtransfers an gefährdete Familien, um die Einschulung und den regelmäßigen Schulbesuch von Flüchtlingskindern zu fördern.

Westbalkan

Anfang 2018 entstand eine neue „Unterroute“ für Flüchtlinge, die durch Bosnien und Herzegowina nach Kroatien und Slowenien führt. Im Jahr 2019 kamen 29 000 Flüchtlinge nach Bosnien und Herzegowina, gegenüber 24 000 im Jahr 2018. Die Gesamtzahl der Migranten und Flüchtlinge im Land beläuft sich auf etwa 8 000, von denen etwa 2 000 im Freien schlafen (in besetzten Häusern, verlassenen Gebäuden oder Bahnhöfen). Die humanitäre Hilfe der EU für Bosnien und Herzegowina belief sich auf 3,8 Mio. EUR. Über ihre humanitären Partner gewährte die GD ECHO Flüchtlingen und Migranten Hilfe in den Bereichen Gesundheit, Schutz und Kontaktaufnahme (einschließlich der Identifizierung gefährdeter Personen, der Bereitstellung von Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsartikeln in Notfällen, medizinischer Hilfe usw.).

Ukraine

Mehr als 5,2 Millionen Menschen sind von dem Konflikt betroffen und 3,5 Millionen der Betroffenen benötigen humanitäre Hilfe, hauptsächlich in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten und entlang beider Seiten der Kontaktlinie. Die EU ist zusammen mit ihren Mitgliedstaaten der größte Geber von humanitärer Hilfe und in Bezug auf den raschen Wiederaufbau/die Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine. Seit Beginn des Konflikts stellte sie über 762,5 Mio. EUR bereit, davon etwa die Hälfte als humanitäre Hilfe. Die EU stellte (über die Europäische Kommission) bisher über 141,8 Mio. EUR an humanitärer Hilfe bereit, davon 23 Mio. EUR im Jahr 2019 für 11 Partner, die auf beiden Seiten der Kontaktlinie in den folgenden 6 Bereichen tätig sind: Gesundheit, Unterkünfte, Wasser, Hygiene und Sanitärversorgung, Bildung, Grundbedarf und Schutz.

Libyen

820 000 Libyer sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. 20 % der Gesundheitseinrichtungen sind aufgrund von Zerstörung, Beschädigung oder Besetzung geschlossen. Es kam zu zügelloser Gewalt und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und zu Menschenhandel; ferner wurden Hilfslieferungen und der Zugang von Hilfsorganisationen behindert.

Die GD ECHO setzte Maßnahmen im Wert von 8 Mio. EUR um, mit denen die medizinische Grundversorgung der Opfer des Konflikts gewährleistet wurde, darunter Kriegsnotoperationen, Trauma-Kits, körperliche Rehabilitation, Prothesen und psychosoziale Unterstützung, die Bereitstellung unentbehrlicher Arzneimittel und die Betreuung von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt. Durch die Hilfe wurden die medizinische Grundversorgung in den vom Konflikt betroffenen Gebieten und die Grundbildung in Benghazi und Sirte wiederhergestellt, was Tausenden von Kindern den Zugang zu Grundbildung und psychosozialer Unterstützung ermöglichte. Die EU leistete ferner Ernährungshilfe und Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhalts sowie Geldtransfers für die bedürftigsten Menschen. Die Dienste wurden unterschiedslos allen schutzbedürftigen Menschen, einschließlich Migrant*innen, Flüchtlingen und Asylsuchenden, zur Verfügung gestellt.

Ägypten

250 000 registrierte Flüchtlinge befinden sich in den am dichtesten besiedelten und ärmsten Vierteln von Großstädten wie Kairo und Alexandria in Not, wo auch die aufnehmenden Gemeinschaften in hohem Maß schutzbedürftig sind. Etwa 50 % der Flüchtlinge kommen aus Syrien, der Rest kommt hauptsächlich aus Ostafrika, dem Irak und dem Jemen.

Im Jahr 2019 setzte die GD ECHO Maßnahmen im Wert von 5 Mio. EUR um, die humanitären Schutz, medizinische Nothilfe (insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung von Müttern und der reproduktiven Gesundheitsfürsorge), Bildung in Notsituationen und Geldtransfers zur Deckung des Grundbedarfs boten. 38 % aller Flüchtlinge sind Kinder, wobei der Anteil unbegleiteter und von den Eltern getrennter Kinder zunimmt.

Saharai-Krise

Nach vier Jahrzehnten des ungelösten politischen Konflikts mit humanitären Folgen sind Zehntausende von saharaischen Flüchtlingen Opfer einer vergessenen und langwierigen Krise. Sie leben in fünf Lagern in der Wüste Südwestalgeriens und sind auf humanitäre Hilfe

angewiesen, um überleben zu können.

Die GD ECHO setzte Maßnahmen im Wert von 9 Mio. EUR um, um Nahrungsmittel zu liefern, die zunehmende Unterernährung der saharaischen Flüchtlingskinder und -frauen zu bekämpfen und sicheres Trinkwasser bereitzustellen. Sie lieferte auch lebenswichtige Medikamente, die 80 % der Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung in den Lagern abdeckten, und leistete besondere Unterstützung für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus setzte die GD ECHO Maßnahmen zur Bildung in Notsituationen um, wodurch der schlechte Zustand der Bildungsinfrastrukturen und sanitären Einrichtungen in den Schulen verbessert wurde.

Horizontale Prioritäten

Im Einklang mit ihren früheren Zusagen widmete die GD ECHO 10 % des EU-Haushalts für humanitäre Hilfe im Jahr 2019 der Bildung in Notsituationen und hielt an ihrer Verpflichtung fest, 35 % der humanitären Hilfe durch Geldtransfers zu erbringen. 2019 wurden auch operative Leitlinien zur [Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in EU-finanzierte humanitäre Hilfsaktionen \(The Inclusion of Persons with Disabilities in EU-funded Humanitarian Aid Operations\)](#) angenommen.

Bildung in Notsituationen (Education in Emergencies - EiE)

Die GD ECHO spielte weiterhin eine führende Rolle im Bereich der Bildung in Notsituationen. Die von der GD ECHO für diesen Bereich bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 166 Mio. EUR, mit denen Aktivitäten in 52 Ländern unterstützt wurden, die mehr als 2,5 Millionen Begünstigten zugutekamen, wodurch Mädchen und Jungen in den am stärksten gefährdeten Situationen Zugang zu einer sicheren und hochwertigen Bildung erhielten.

Als Sensibilisierungsmaßnahme und um die Sichtbarkeit der Maßnahmen im Bereich der Bildung in Notsituationen zu erhöhen, veranstaltete die GD ECHO im Mai 2019 eine hochrangige Veranstaltung mit dem Titel „Education in Emergencies: School4All“, an der Kommissar Christos Stylianides, der Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege, die Botschafterin von Handicap International Axelle Red und die Sängerin Typh Barrow teilnahmen. Die GD ECHO startete eine Kampagne auf den sozialen Medien unter dem Hashtag #RaiseYourPencil for #School4All, um Solidarität mit allen von der Krise betroffenen Kindern zu zeigen, die keine Schule besuchen.

Geldtransfers

Die GD ECHO trieb die Diskussionen über Geldtransfers weiter voran. Durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung der Geber zum Thema Geldtransfers in den beiden Pilotländern Nigeria und Bangladesch trug sie maßgeblich zu einer besseren Koordinierung der Geber bei.

Die GD ECHO veröffentlichte das [„EU Cash Compendium 2019: Doing More Cash, Better“](#), in dem die Ergebnisse auf Projektebene unter Bezugnahme auf die Empfehlungen des Leitfadens der GD ECHO für die Bereitstellung von Geldtransfers in großem Umfang hervorgehoben werden. Das Dokument zeigt auf, was die Projekte anders machen, wie sie den

Empfehlungen des Leitfadens der GD ECHO für die Bereitstellung von Geldtransfers in großem Umfang folgen und wie sie die Koordinierung mit anderen Gebern und mit sozialen Sicherheitsnetzen gewährleisten, sowie welche Herausforderungen damit verbunden sind und wie die daraus gezogenen Lehren lauten. In mehreren Ländern werden - wie im Leitfaden vorgesehen - Wirkungsgrade von 85:15 (85 % der Mittel erreichen die Zielgruppen der Begünstigten) und mehr erreicht.

Innovation und Einbeziehung des Privatsektors

Die GD ECHO beteiligte sich weiterhin an der weltweiten Debatte, insbesondere auf der Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums, im Rahmen des Humanitarian Affairs Segment von ECOSOC und auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie beim Gebertreffen zur Zukunft der Innovation bei humanitären Maßnahmen in Berlin. Die GD ECHO unterstützte weiterhin die Entwicklung innovativer Ansätze durch den „Thematic Policies Annex“ der Humanitären Umsetzungspläne (Humanitarian Implementation Plans - HIPs), der die Partner dazu ermutigt, den ökologischen Fußabdruck der humanitären Maßnahmen durch den Einsatz digitaler Konzepte sowie durch die Unterstützung des vom Europäischen Innovationsrats im Jahr 2020 zu vergebenden Horizon 2020-Preis „Erschwingliche High-Tech in der humanitären Hilfe“ zu verringern.

Federführung der EU beim Aufruf zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Notsituationen

Die GD ECHO ist an der globalen Initiative „Aufruf zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Notsituationen“ beteiligt. Ein vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen durchgeführtes Projekt zur Verbesserung der Kapazitäten für die Reaktion in Notfällen (Enhanced Response Capacity) (ein Programm der GD ECHO) förderte die Entwicklung von behördenübergreifenden Standards für geschlechtsspezifische Gewalt in Notfällen sowie Anleitungen zur Entwicklung kontextspezifischer Call-to-Action-Fahrpläne (aus Pilotprojekten in Nigeria und der Demokratischen Republik Kongo). In den Jahren 2018 und 2019 stellte die GD ECHO rund 52 Mio. EUR für die Prävention und Reaktion auf sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zur Verfügung. Die GD ECHO startete ihr allererstes E-Learning-Programm zu ihrem Toolkit Gender-Age Marker.

ECHO Flight (Afrika) und Unterstützung humanitärer Flugdienste

ECHO Flight ist ein humanitärer Flugdienst mit sechs Flugzeugen, der über Haushaltsmittel in Höhe von 12,4 Millionen verfügt und von den Partnern der GD ECHO und humanitären Hilfsorganisationen kostenlos in Anspruch genommen werden kann. Im Jahr 2019 unterstützte der Dienst mehr als 250 Projekte und transportierte über 25 000 humanitäre Helfer und etwa 200 Tonnen humanitäre Fracht.

Darüber hinaus leistete die EU einen Beitrag zu nicht gewinnorientierten humanitären Flugdiensten, z. B. 25 Mio. EUR für den Humanitären Flugdienst des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (UNHAS) und dessen Logistikmaßnahmen in 12 Ländern.

Zusammenfassung der 2019 abgeschlossenen Evaluierungen

Kombinierte Evaluierung der humanitären Maßnahmen der Europäischen Union in Zentralafrika und der Koordinierung der humanitären Hilfe (2014-2018)

Die EU leistete wichtige Beiträge zur Deckung des akuten Bedarfs und zur Stärkung der humanitären Hilfe in Zentralafrika. Die Aktivitäten der GD ECHO und die zuverlässige Erzielung der angestrebten Ergebnisse durch die Partner sowie die Unterstützung der Koordinierungsfunktion des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen, insbesondere bei der Schließung von Lücken der Koordinierung, waren dabei von Vorteil.

In der Evaluierung wurden die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bewältigung chronischer Bedürfnisse und fortbestehender Koordinierungslücken hervorgehoben und Empfehlungen zur Unterstützung der künftigen humanitären Hilfe und Koordinierung der EU in der Region ausgesprochen.

Kombinierte Evaluierung der humanitären Maßnahmen der Europäischen Union in Afghanistan, und der Partnerschaft mit dem Norwegischen Flüchtlingsrat (2014-2018)

Die Evaluierung ergab, dass die GD ECHO eine Schlüsselrolle im Kontext der Afghanistan-Hilfe spielt und dass sie die Synergien zwischen Entwicklungs- und humanitären Maßnahmen unterstützt. Die Maßnahmen der GD ECHO umfassen Hilfe bei den unmittelbaren Folgen von Konflikten und Katastrophen, den Nothilfemechanismus und Geldtransfers (meist bedarfsgerechte Hilfe) für Binnenvertriebene.

Die Evaluierung der Partnerschaft ergab, dass eine qualitativ hochwertige Partnerschaft bestand. Es gibt stichhaltige Beweise dafür, dass ein regelmäßiger, umfassender und transparenter Informationsaustausch auf allen Ebenen bestand, wobei Vertrauen der Schlüsselfaktor war. Es wurde jedoch auch auf einige Schwächen hingewiesen: Einige Prozesse waren ineffizient, es gab einige Lücken in der internen Kommunikation und die Prüfungsanforderungen waren für beide Seiten mit erheblichen Kosten verbunden.

Mittelausstattung 2019

1. Liste der von der Kommission geschlossenen Finanzierungsvereinbarungen im Bereich der humanitären Hilfe³:

Die von der EU geschlossenen Vereinbarungen über humanitäre Hilfe sind auf der Website des Finanztransparenzsystems (FTS) zu finden.

³ Mit den Namen der betreffenden Partnerorganisationen.

2. Haushaltsvollzug

ECHO – AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTS 2019

Ohne externe zweckgebundene Einnahmen der Mitgliedstaaten

Region/Land	Betrag	%
Afrika	632	29 %
Sudan und Südsudan	105	
Zentralafrika	68	
Große Seen	72	
Horn von Afrika	163	
Südliches Afrika, Indischer Ozean	60	
Westafrika	138	
Nordafrika	17	
Afrika	10	
Naher Osten, Südosteuropa und Östliche Nachbarschaft	1 062	50 %
Naher Osten	436	
Südosteuropa und Östliche Nachbarschaft	627	
Asien, Pazifik	127	6 %
Südwest- und Zentralasien	75	
Südostasien und Pazifik	52	
Lateinamerika, Karibik	104	5 %
Lateinamerika	84	
Karibik	20	
Katastrophen weltweit	40	2 %
Katastrophenschutz⁴	95	4 %
EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe	18	1 %
Ergänzende Maßnahmen und Hilfeleistungen	68	3 %
GESAMT	2 146	100 %

(in Mio. EUR)

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN UND QUELLEN

- Allgemeine Informationen zur

⁴ Maßnahmen unter diesem Posten fallen nicht unter die Verordnung über die humanitäre Hilfe und werden nicht mit Mitteln aus dem Haushaltsplan für humanitäre Hilfe finanziert.

GD ECHO:

<http://ec.europa.eu/echo/en>

- Finanzielle Angaben zu den humanitären Maßnahmen der Europäischen Kommission im Jahr 2019:
https://ec.europa.eu/echo/funding-evaluations/financing-decisions-hips-2019_en
- Informationen über die Tätigkeit in vorangegangenen Jahren:
https://ec.europa.eu/echo/who/accountability/annual-reports_en
- Jährlicher Tätigkeitsbericht 2019 der GD ECHO:
https://ec.europa.eu/info/publications/annual-activity-report-2019-european-civil-protection-and-humanitarian-aid-operations-echo_en
- Jährliche Management- und Leistungsbilanz 2019:
https://ec.europa.eu/info/publications/annual-management-and-performance-report-2019_en
- Evaluierungsberichte der GD ECHO:
http://ec.europa.eu/echo/funding-evaluations/evaluations_en
- Daten zur Finanzierung der humanitären Hilfe der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten: <https://webgate.ec.europa.eu/hac/>
- INFORM Global Risk Index
<https://drmkc.jrc.ec.europa.eu/inform-index>

Liste der Partner, die die Partnerschaftsrahmenvereinbarung von 2014 unterzeichnet haben

<http://ec.europa.eu/echo/sites/echo-site/files/weblistpartners.pdf>